

EH

direkt

29. Juli 2002

Informationen von Beschäftigten für Beschäftigte bei der Eisenbahn und Häfen GmbH

IG Metall-Vertrauenskörperleitung bei der EH GmbH zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission

Mit Entschiedenheit lehnen die IG Metall-Vertrauensleute bei der EH GmbH die bisher bekannt gewordenen Kernpunkte der sog. Hartz-Kommission der Bundesregierung ab. Das bereits aus der Ära Kohl satt-sam bekannte Versprechen, auf Grundlage der Vorschläge binnen weniger Jahre die Erwerbslosigkeit zu halbieren, ist hohle Wahlpropaganda. Die Bundesregierung verschärft ihren neoliberalen Kurs in einer Zeit, in der vor allem in Großunternehmen wie bei uns

- massiver Arbeitsplatzabbau durch neue Technik und Leistungsverdichtung betrieben wird,
- die berufliche Erstausbildung infrage gestellt und
- die unbefristete Übernahme von Ausgebildeten nicht mehr durchsetzbar ist,
- Tariffucht und Tarifbrüche um sich greifen
- die Lohnquote auf einem historischen Tiefstand liegt
- Massenkaukraft fehlt sowie
- massive Steuersenkungen und -rückzahlungen die Unternehmer und Spekulanten erfreuen.

Wieder einmal wird nicht davon ausgegangen, daß mehrere Millionen Arbeitsplätze fehlen; stattdessen wird wieder unterstellt, daß in der Hauptsache die mangelnde Flexibilität, der Unwille der Erwerbslosen und die mangelhafte Vermittlung von Arbeit das eigentliche Problem seien. Nichts gegen erhöhte Effizienz in der Arbeitsverwaltung. Nach der Aufdeckung der Zustände bei den Arbeitsämtern führt daran kein Weg vorbei. Aber etwa die Behauptung, für einen jungen, familiär nicht gebundenen Erwerbslosen sei die Aufnahme eines Jobs in einer mehrere hundert Kilometer entfernt liegenden Stadt zumutbar, geht vollkommen am Problem vorbei. So "vergreisen" inzwischen in den neuen Bundesländern ganze Städte und Gemeinden, weil die Jungen bereits weg sind. Dadurch sind keine neuen Arbeitsplätze vor Ort entstanden und die Arbeitslosigkeit insgesamt hat sich auch nicht verringert.

In Duisburg fehlen – strukturell bedingt – mindestens 100.000 Arbeitsplätze, vor allem für Frauen. Darauf geben die Hartz-Vorschläge keine Antwort.

Mit weiteren drastischen Leistungskürzungen, Ausweitung der Leiharbeit, verschlechterten Zumutbarkeitsregeln und dem schnellen Abdrängen in die Sozialhilfe wird nicht die Erwerbslosigkeit bekämpft, sondern die Erwerbslosen. Damit wird letztlich auch weiterem Lohndumping und Leistungsdruck in allen Bereichen Vorschub geleistet. Die Kommunalfinanzen werden weiter ausgeblutet, weil diese für die Sozialhilfe zuständig sind.

Aus unserer eigenen, jahrelangen Erfahrung als Gewerkschafter und Betriebsräte wissen wir, was politisch nottut. Wir müssen endlich wieder über die Sozialpflichtigkeit der Großunternehmen reden, deshalb

- Verbindliche Ausbildungsquoten von mindestens 5 Prozent
- Gesetzliche Erschwerung von betriebsbedingten Kündigungen
- Verbot von Lohndumping durch eine Reform des Tarifvertragsgesetzes
- Verabschiedung eines konsequenten Tariftreuegesetzes für öffentliche Aufträge
- Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf alle, die arbeiten wollen und können
- Wiedereinführung bzw. Erhöhung der Kapitalsteuern
- Einführung einer Anti-Spekulationssteuer (Tobin-Steuer, z.B. auf Aktienverkäufe), deren Ertrag ausschließlich sozialen Zwecken zukommen darf
- Erleichterung der Existenzgründung unter sozial akzeptablen Bedingungen.

gez.: Müller

gez.: Özkan

EH direkt

Herausgeber:

IG Metall-Vertrauenskörperleitung bei der
Eisenbahn und Häfen GmbH

Franz-Lenze-Str. 15, 47166 Duisburg

Tel.: (0203) 52-24231 oder -25627

Fax: (0203) 52-40647

Druck:

IG Metall Duisburg